

**Zusammengefasste Antworten der Ministerien
auf
den Brief der Bundeskonferenz Studiengänge für Gesundheitsfachberufe
mit Aufruf zum Auf- und Ausbau primärqualifizierender Studiengänge
für Pflege- und Therapieberufe sowie Hebammen**

Die Ministerien befürworten die Akademisierung der Gesundheitsberufe und sprechen sich für den Auf- und Ausbau primärqualifizierender Studiengänge aus. Die vom Wissenschaftsrat genannte Quote von 10-20% gilt als erstrebenswert.

Die Landesministerien führen die in Ihrem Land vorhandenen und die geplanten Studiengänge auf (primärqualifizierende und duale).

Die Ministerien wollen mehrheitlich die Evaluation der Studiengänge in den Bundesländern und den Bericht des BMG an den Bundestag abwarten, bevor sie sich für eine Verlängerung bzw. Verstetigung der Modellklausel aussprechen.

Einzelne Antwortbriefe enthalten bereits die Forderung, die Hochschulstudiengänge in den Berufsgesetzen zu verankern.

Die Ministerien, insb. auch das BMG, begrüßen es, mit der `Bundeskonferenz Studiengänge für Gesundheitsfachberufe` künftig einen zentralen Ansprechpartner für alle o.g. Berufsgruppen zur Verfügung haben.

Folgende Antwortbriefe liegen der Bundeskonferenz vor (Stand 30.6.2013):

Bundesgesundheitsministerium (BMG)
Kultusministerkonferenz (KMK)

Gesundheits-/Sozialministerien der Länder:

Hessen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Wissenschafts-/Kultusministerien der Länder:

Brandenburg
Mecklenburg Vorpommern
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Rheinland-Pfalz
Thüringen